

**ZUR DEBATTE**

## Oberstufenschulgemeinde auflösen - pro & kontra

*Die Meinungsbildung innerhalb der SP zur Initiative der FDP-Fraktion zur Auflösung der Oberstufenschulgemeinde Wädenswil und Bildung einer Einheitsgemeinde mit der Stadt ist nicht abgeschlossen. Sie wird ihre Parole an der Versammlung vom 10. November fassen. Die So!-Redaktion hat zwei SP-Mitglieder um eine Stellungnahme gebeten.*



### NEIN SAGT JUDITH FÜRST

Die OSW ist eine qualitativ hochwertige, innovative Schule. Dank ihrer Unabhängigkeit geniesst sie schlanke Strukturen und kurze Entscheidungswege, was eine gute und offene Zusammenarbeit fördert. Einfache Strukturen machen es allen Beteiligten möglich, ihre Ideen einzubringen und umzusetzen, ohne lange auf Entscheidungen warten zu müssen. Dies fördert eine moderne Schulentwicklung und ein motiviertes Arbeitsumfeld. Dank diesen Vorteilen geniesst die OSW über die Kantonsgrenze hinaus einen guten Ruf. Trotz Lehrermangel kann die OSW gute und motivierte Lehrpersonen auswählen und bleibt somit qualitativ auf hohem Niveau. Mit einer Fusion wären diese Vorteile weg. Der Apparat würde riesig und träge. Neue Strukturen und zusätzliche Hierarchiestufen verteuern die Schule und verkomplizieren die Zusammenarbeit und Kommunikation.

Es zeigt sich, dass die unabhängige Schulgemeinde sehr gut funktioniert. An der Gemeindeversammlung können die Stimmberechtigten direkt demokratisch Entscheidungen treffen und somit direkt Einfluss nehmen. Wenn die OSW in die Parlamentsgemeinde integriert würde, gäbe es keine besser funktionierende Schule, sondern ein vom Parlament abhängiges System, welches schwerfällig und kostenintensiv wird.

### JA SAGT HERMANN KOCH

Anfangs 2019 fusionierten die Gemeinden Hütten und Schönenberg mit der Stadt Wädenswil. Seither besteht Wädenswil noch als eine der raren Städte im Kanton aus zwei «Gemeinden»: die politische und die Oberstufenschulgemeinde (OSW). Dies macht nun keinen Sinn mehr. Mit einer Eingliederung wird die OSW gleichbehandelt wie alle anderen Einheiten der Stadtverwaltung. So können Synergien, besonders zwischen Primar- und Sekundarstufe genutzt werden. Doppelspurigkeiten (zwei Schulverwaltungen, zwei Schulpflegen, doppelter Finanzhaushalt usw.) sowie unnötiger Koordinationsaufwand zwischen der OSW und der Stadt werden beseitigt. Dies ergibt finanzielle Einsparungen. Kommt hinzu, dass die Stadt bei einer Fusion von einem finanziellen Beitrag des Kantons profitieren wird.

Vorteil für Eltern mit mehreren Kindern: Sie müssen sich bei Problemen nicht mit zwei verschiedenen Schulpflegen und -sekretariaten auseinandersetzen. Bei der «Einheitsgemeinde» wird alles «unter einem Dach» geregelt. Ausserdem würde die Oberstufenschule wie alle anderen städtischen Verwaltungsabteilungen der demokratischen Kontrolle durch das Parlament unterstehen. Vom Gesamtsteuerfuss der Stadt Wädenswil macht der Anteil der OSW immerhin fast ein Fünftel aus.

## Abstimmen! 28.11.2021

### APPLAUS REICHT NICHT

Wir sind auf gute Pflege angewiesen. Wir müssen Menschen, die in der Pflege arbeiten, Sorge tragen. Applaus reicht nicht. Deshalb Ja zur Pflege-Initiative. Das Gesundheitspersonal arbeitet am Limit. Mit der Covid-Pandemie hat sich der Druck weiter verschärft. Rund ein Drittel der Pflegefachpersonen zeigt Symptome von Burnout und Depression. Der Stress ist so gross, dass über 40 Prozent den Job wechseln und nicht mehr in der Pflege tätig sind.

Damit wir da sind,  
wenn du uns brauchst



Dass die Arbeitsbedingungen schlecht sind, ist kein Zufall. Berufe, in denen grossmehrheitlich Frauen arbeiten, werden gesellschaftlich immer noch weniger wertgeschätzt als sogenannte «Männerberufe». Viele meinen, dass Frauen lieber Care-Arbeit übernehmen und sich dafür gerne aufopfern. Für die SP ist klar: Pflegenden übernehmen lebensnotwendige Aufgaben und brauchen anständige Arbeitsbedingungen.

> Abstimmungs-Parolen Seite 3

.....  
**JETZT HANDELN**

# Ja zum Zürcher Energiegesetz!

JONAS ERNI, STADT- UND KANTONSRAT SP

Klimakrise, Klimastreik, Klimanotstand und Klimapolitik sind nur einige der Schlagworte, die das aktuelle politische Geschehen weltweit prägen.

Erfreulicherweise müssen wir heute nicht mehr über die Ursachen oder gar die Existenz des vom Menschen verursachten Klimawandels diskutieren, sondern können uns endlich um die notwendigen Massnahmen kümmern. Die bisher stiefmütterlich behandelte Umwelt- und Energiepolitik in unserem Kanton muss deshalb endlich zuoberst auf die Prioritätenliste gesetzt werden.

## **DIE FAKTEN ZUM KLIMAWANDEL SIND KLAR**

Die Technologien sind da: Wenn wir den Anstieg des Meeresspiegels, Extremwetter, Massen-Artensterben, die Bedrohung ganzer Ökosysteme und die Vernichtung der Lebensgrundlage von Millionen von Menschen abwenden möchten, müssen wir uns jetzt für eine 100 Prozent erneuerbare und faire Energiezukunft entscheiden.

Fossile Brennstoffe haben uns viele Jahrzehnte lang Wohlstand und Komfort gebracht, aber auch massive Luftverschmutzung und die Zerstörung von Lebensräumen. Und wie hinlänglich bekannt ist, führte der damit einhergehende Ausstoss von Treibhausgasen zur Erhitzung der Erdatmosphäre und damit zu einer Klimastörung in ungekanntem Ausmass. Davon sind sowohl der Mensch, als auch zahllose Arten und viele Ökosysteme teilweise existenziell bedroht. Gelingt es nicht, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter zwei Grad zu halten, dürfte der Klimawandel auch die Artenvielfalt massiv beeinträchtigen. Alles was uns lieb ist, steht auf dem Spiel!

Die grössten CO<sub>2</sub>-Verursacher im Kanton Zürich sind der Verkehr und die Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden. Während der Bereich Verkehr zum grössten Teil auf Bundesebene geregelt und der kantonale Spielraum entsprechend klein ist, bietet die kantonale Energiegesetzgebung die Gelegenheit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss des Gebäudeparks auf kantonalen Ebene aktiv zu steuern. Entsprechend wichtig ist das neue Energiegesetz.

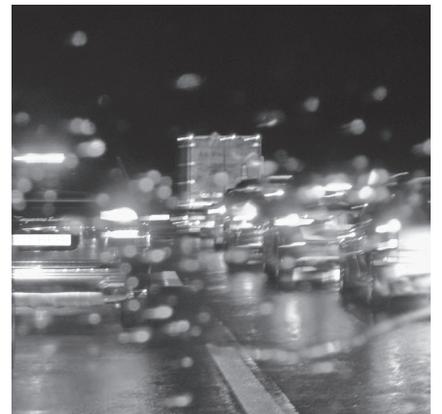
**WIR SCHAFFEN DIE KLIMAWENDE** nur, wenn fossile Heizsysteme durch erneuerbare Wärmeerzeuger ersetzt werden. Über die Jahre haben sich die Heizsysteme markant entwickelt: Wurden früher Kohle, Gas und Öl genutzt, so werden heute zeitgemässe Heizsysteme auf Wärmepumpen umgerüstet, mit Ergänzung durch Holzheizungen und Fernwärme/Wärmeverbände. Neue Heizsysteme sind meist anfangs in der Anschaffung teurer, rechnen sich aber im Betrieb durch tiefere Kosten für Unterhalt und Energie.

Kurzum: Die höheren Investitionen werden über den Lebenszyklus durch tiefere Betriebskosten mehr als amortisiert. Aus dem Ausland importierte Energie erzielt nur wenig Wertschöpfung im Inland und ist teuer. Neue Heizsysteme schaffen somit lokale Arbeitsplätze – von der Planung über die Produktion bis zur Installation.

Wünschenswert wäre auch ein besserer Schutz für MieterInnen vor ungerechtfertigten Mietaufschlägen bei energetischen Sanierungen. Wie eine Studie des Bundesamtes für Energie belegt, werden Investitionen in die energetische Erneuerung von Häusern heute oft so stark auf die Mieten umgeschlagen, dass die tieferen Heizkosten die höheren Mieten nicht mehr wettmachen können. Die Anfechtung solcher Mietaufschläge führt zwar meistens zum Erfolg, ist aber für die MieterInnen sehr mühsam. Hier braucht es dringend eine Vereinfachung und Verbesserung auf Bundesebene.

Unter dem Strich ist das neue Energiegesetz mit den erreichten Verbesserungen der sprichwörtliche Spatz in der Hand statt der Taube auf dem Dach: auch wenn die Massnahmen noch viel weiter gehen dürften und sollten, bringt das neue Gesetz doch handfeste Verbesserungen, die nun möglichst rasch verabschiedet und umgesetzt werden müssen. ■

**«Alles was uns lieb ist,  
steht auf dem Spiel.»**



## MITTE-INITIATIVE

# Mehrgenerationenhaus im Rötiboden



HANS ROTH, GEMEINDERAT SP

Wie sich die Parteien kurz vor den Wahlen mit Initiativen in Szene setzen! Die SVP fordert die Bewahrung von kostspieligem Schulraum. Die FDP will die Oberstufenschule in die städtische Verwaltung integrieren. Die Grünen fordern den Erhalt der Freizeitanlage und die SP steigt mit der Initiative für eine Passerelle beim Seegüetli in den Wahlkampf. Und dann die Initiative der «Mitte»: «Die Stadt stellt ihr Grundstück «Rötiboden» einem gemeinnützigen Wohnbauträger im Baurecht zur Verfügung mit der Auflage, darauf ökologisch vorbildliche Bauten für altersdurchmisches, günstiges Wohnen zu erstellen.» Da werden die SP und die Grünen links überholt!

Auffällig, dass da etwas von «Baurecht» steht. Man reibt sich die Augen: Das Anliegen, städtisches Land im Baurecht abzugeben, sollte in der neuen Gemeindeordnung festgehalten werden – aber das wurde von der CVP abgelehnt. Mit den «ökologisch vorbildlichen» Bauten lassen sich grüne Wähler abholen. Und «altersdurchmisches, günstiges Wohnen» ist ein altes Anliegen der SP. Die «Mitte» will mit ihrer Initiative den Stadtrat verpflichten, die 2014 vom Volk bewilligten 3 Millionen für «bezahlbaren Wohnraum» endlich einzusetzen. Interessant ist, dass der Stadtpräsident, welcher dieser Partei angehört, im Verwaltungsrat der «Hangenmoos AG» sitzt. Im Hangenmoos wurden hunderte kostengünstige Wohnungen abgerissen. Wer dort gewohnt hat, müsste für eine vergleichbare Wohnung heute das Doppelte bis Dreifache bezahlen. Ja, wenn die Mitte-Partei inkonsequent handelt, versucht sie's mit einer Initiative. Das verpflichtet weniger. ■

## SERVICE PUBLIC

# Wie weiter in Wädenswil?

DANIEL TANNER, STADTRATSKANDIDAT SP

**Der bürgerlich geprägte Gemeinderat beabsichtigt «die Werke» in eine AG umzuwandeln und nach privatwirtschaftlichen Produktivitäts- und Rentabilitäts-Grundsätzen dem freien Markt zu überlassen. Dieselbe Mehrheit will auch Service-Public-Betriebe wie das Altersheim «Frohmat» so behandeln.**



Was bedeutet das für die in unserer Stadt lebenden oder arbeitenden Menschen? Medikamente und Werkzeuge lassen sich schneller und damit wirtschaftlicher produzieren. Lassen sich auch alte Menschen schneller und billiger pflegen?

Öffentliche Dienstleistungen sind von zentraler Bedeutung für unsere gut funktionierende Gesellschaft. Die Pandemie-Zeit hat uns das bewiesen. Wir brauchen eine Gesellschaft, die sich an den entsprechenden Werten der Sorgsamkeit, der Kooperation und der Nachhaltigkeit orientiert. Service Public hält unsere Gesellschaft im Kern zusammen.

Rund ein Drittel der Pflegefachpersonen zeigt Symptome von Burnout. Über 40 Prozent wollen den Job im Pflegebereich wechseln. Wir tun gut daran, Tätigkeiten im Care-Bereich aufzuwerten! Genau dafür sorgt die Pflege-Initiative vom 28. November.

Den Vorstössen zur Privatisierung der öffentlichen Einrichtungen tritt die SP daher entschieden entgegen und hofft auf Ihre Unterstützung an der Urne. ■

## ABSTIMMEN

# 28.11.2021

### BUND

**JA** zur Volksinitiative «für eine starke Pflege» (Pflege-Initiative)

**NEIN** zur Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren» (Justiz-Initiative)

**JA** zum Covid-19-Gesetz

### KANTON

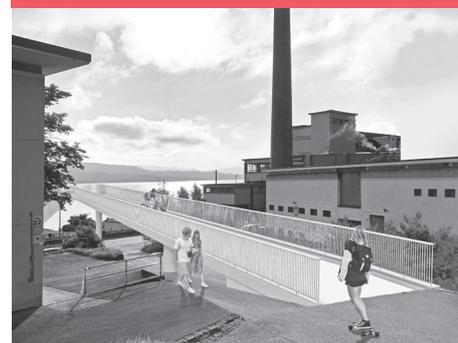
**JA** zum Energiegesetz (EnerG)



### WÄDENSWIL

**Hmmm?** Die Abstimmungs-Parole einer SP-Versammlung zur Initiative zur Auflösung der Oberstufenschulgemeinde Wädenswil (OSW) ist bei Redaktionsschluss noch ausstehend.

## FUSSGÄNGER- PASSERELLE BEIM SEEGÜETLI



Die nötigen Unterschriften für die Volksinitiative «Einfacher und direkter Seezugang» sind gesammelt. Die Übergabe an die Stadt ist auf Mitte November vorgesehen. Nach Annahme der Initiative durch das Volk hat die Stadt fünf Jahre Zeit zur Umsetzung. Das Initiativkomitee dankt für die Unterstützung.

# Das muss auch noch gesagt werden



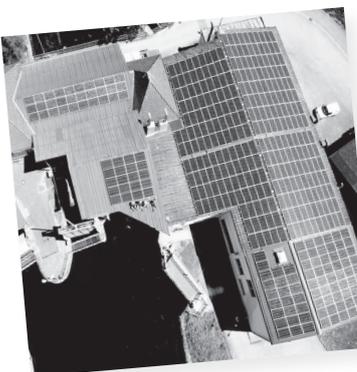
## Konsequent

Eric Schenk, ehemaliger Mitte-Gemeinderat, hat mit seinem Abstimmungsverhalten an der Budgetsitzung Ende 2020 in der Presse viel Raum bekommen. Trotzdem möchte ich hier nochmals auf sein Verhalten zu sprechen kommen. Gleichzeitig möchte ich mich klar von seiner Haltung distanzieren, hatte doch seine Stimme unnötige und kostspielige Folgen. Die rechte Ratsseite war gegen die Annahme des Budgets und gegen eine Erhöhung des Steuerfusses, die linke wollte das Budget annehmen und den Steuerfuss erhöhen. Und da war noch die «Mitte». Sie wollte das Budget annehmen, hingegen die Erhöhung des Steuerfusses ablehnen. Wie bitte? Ausgaben bewilligen, aber wenn's um deren Finanzierung geht, gibt man sich «bürgerfreundlich»? Da war das Verhalten von Schenk konsequenter. (hr) ■



## Zerpflückt nicht unsere Freizeitanlage!

Viele Städte wären glücklich, sie hätten ein so umfassendes soziokulturelles Angebot, wie Wädenswil es mit der Freizeitanlage (FZA) hat. Diese bietet Raum für unterschiedlichste Menschen und Bedürfnisse und verbindet als Treffpunkt Leute aus allen Ortsteilen. Kein Wunder ist die FZA bei den Wädenswiler\*innen beliebt. Nun soll das plötzlich zu teuer sein? Dem Stadtrat ist zugute zu halten, dass er die Zeichen einer notwendigen Steuererhöhung kommen sah. Die Mitte und Rechte bekanntlich nicht. Wollen wir wirklich eine Politik, die nur ermöglicht, was in übergeordnetem Recht als Minimum festgeschrieben ist? Oder wollen wir Sorge zu Wädenswil tragen und das auch angemessen finanzieren? (PR) ■



## Klimakatastrophe - und was nun?

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz wurde vom Stimmvolk abgelehnt. Bundesrätin Simonetta Sommaruga sagt mittlerweile, dass zusätzliche Abgaben nicht möglich sind, sondern Anreize der richtige Weg seien. Und auch die Linke reagiert empfindlich, sobald irgendwo zusätzliche Kosten drohen. Klimamassnahmen ohne Verzicht, ohne zusätzliche Kosten für alle – geht das? In unserer neuen Arbeitsgruppe wollen wir solchen Fragen nachgehen. Wir kümmern uns nicht darum, in welchem Jahr netto null erreicht sein soll. Wir wollen überlegen, was wir lokal tun können, damit es schneller geht: Schwerpunkt Photovoltaik und Heizungen. Machst du mit? Melde dich bei [sepp.dorfschmid@spwaedenswil.ch](mailto:sepp.dorfschmid@spwaedenswil.ch) ■

## DER SCHLUSSPUNKT ● Dumme Kuh?



Dieses Wädenswiler Rindvieh wollte sich auf keinen Fall impfen lassen – gegen Fliegen. Zum Glück machen wir Menschen das gegen Corona besser – oder? (uk) ●



**So, jetzt  
abonnieren  
und spenden**

CH35 0900 0000 8004 3003 3

**So!** Nr. 4/21, November 2021

Die SP Wädenswil informiert

SP Wädenswil, 8820 Wädenswil  
Erscheint 3 – 4 mal jährlich, Auflage: 11100 Ex.  
Redaktion: Thomas Hartmann (Leitung).  
Edith Höhn, Hans Roth, Urs Keller  
[so@spwaedenswil.ch](mailto:so@spwaedenswil.ch), [www.spwaedenswil.ch](http://www.spwaedenswil.ch)

Layout und Produktion: Ulrich Schuwey,  
Schuwey und Röllin atelier graphique  
Bilder: Urs Keller

Druck: Horizonte Druckzentrum, Thalwil  
Klimaneutral gedruckt auf FSC-Papier

SP

Jetzt mitglied-werden.sp-ps.ch